

Noch ein Jahr : dann ist Schluss

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Action : Zivilschutz, Bevölkerungsschutz, Kulturgüterschutz = Protection civile, protection de la population, protection des biens culturels = Protezione civile, protezione della popolazione, protezione dei beni culturali**

Band (Jahr): **48 (2001)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-369355>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

im «Zieleinlauf»

Neuer Projektleiter

Rücktritt von Peter Schmid als Projektleiter Bevölkerungsschutz. Grund für diesen Schritt ist die Wahl seines Bruders Samuel Schmid zum Bundesrat.

Die Nachfolge von Peter Schmid tritt Andreas Koellreuter, Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft, an.

Leute und sie müssen auch innert kurzer Zeit verfügbar sein. Banga: «Der Kanton muss eine Führungsrolle in der Regionalisierung der Unterstützungszüge übernehmen. Nur so kann mit einem vernünftigen Aufwand ein gutes Ergebnis erzielt werden.» Positiv wertet Banga die Gliederung der Aufgaben des Zivilschutzes in Kern- und Zusatzaufgaben. Er warnte jedoch davor, den Zivilschutz für alle möglichen Dienstleistungen zugunsten Dritter einzusetzen. Solche Einsätze müssten einerseits bezahlt werden und andererseits der ZSO nützen, zum Beispiel bezüglich Führungsausbildung oder technischer Aus- und Weiterbildung der ZSO-Angehörigen.

Aufgabenteilung ja, aber...

Die Aufgabenteilung im Bereich Rettung werde noch zu Diskussionen führen, prognostizierte Banga. Ihm gehe es jedoch vor allem



Einhellige Zustimmung zu allen traktandierten Geschäften.

darum, dass in Zukunft alle Doppelspurigkeiten in der Aufgabenzuweisung, Ausrüstung und Ausbildung beseitigt werden. Es sollten auch gewisse Empfindlichkeiten zwischen den betroffenen Organisationen (Feuerwehr – Zivilschutz) endlich überwunden werden können.

Bezüglich Milizprinzip und Dienstpflichtsystem plädierte Banga für die Beachtung der verfassungsrechtlichen Schranken. Das gelte sowohl für die Armee XXI als auch für den Bevölkerungsschutz 2003. Lösungen, die einer Verfassungsänderung bedürfen, dauern

schlichtweg zu lange. Banga: «Dafür haben wir keine Zeit. Insbesondere die Armee 95 ist morsch.» Ausserdem hätte er sich aus seiner langjährigen Erfahrung als Stadtpräsident gewehrt, wenn die Feuerwehr in die Rekrutierung und Dienstpflicht mit einbezogen worden wäre. «Der Feuerwehr ist mit einem 20-jährigen Dienstpflichtigen und einer Maximaldienstzeit nicht gedient. Die besten Feuerwehrleute sind im Alter zwischen 30 bis 50, sind sesshaft, arbeiten im Einsatzgebiet und haben die Hörner abgestossen. Zusätzlich braucht es «Fanatiker», die nicht auf die Maximaldienstpflichtdauer schauen.»

Der Zeitplan stimmt

Interessante Ergänzungen zum Projektstand und wie er selber sagte, «einen Werkstattbericht», lieferte Karl Widmer, Chef Kernteam Bevölkerungsschutz. Gesetz und Leitbild sind weit gediehen. Widmer: «Wir befinden uns jetzt in der Phase der Bereinigung.» Im Frühjahr geht das Gesetz in die Vernehmlassung bei Kantonen und Partnern. In der Wintersession 2001 wird es im Erstrat behandelt, in der Frühjahrsession 2002 im Zweiterat und im Sommer 2002 soll es von den Eidgenössischen Räten verabschiedet werden.

Das Kernteam habe sich drei grosse Zielsetzungen gegeben, sagte Widmer. Das Projekt als Ganzes und mit den Partnern müsse glaubwürdige Lösungen aufzeigen, es müsse machbar und finanzierbar sein und das Kader müsse Perspektiven sehen. Zur Partnerorganisation stellte Widmer klar, dass sich die Reformen auf den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz beziehen, jedoch nicht auf die Reformen bei den Partnern. Widmer: «Bei diesen laufen die Reformen schon allenthalben.» Die Aufwuchsfähigkeit sieht Widmer im Bereich Bevölkerungsschutz bei weitem nicht so problematisch wie bei der Armee. Für die Pionierzüge (neue Bezeichnung für Unterstützungszüge) ist im Ernstfall eine Verdoppelung vorgesehen. Entsprechende Massnahmen gelten für den sanitätsdienstlichen Bereich. Bezüglich der Schutzinfrastruktur soll im technischen Bereich (Alarmierung) der Bund das Sagen haben und auch bezahlen. Die bauliche Schutzinfrastruktur soll auf reduziertem Stand erhalten bleiben. Das Ganze muss jedoch finanziell und politisch machbar sein. «Bei der Ausbildung in Richtung einer differenzierten Polyvalenz sind wir am Konkretisieren», führte Widmer weiter aus. In allen Bereichen seien die Kantone in Zukunft stärker gefordert, betonte Widmer zusammenfassend und forderte die Kantone bei der Umsetzung des Projektes Bevölkerungsschutz zu engerer Zusammenarbeit auf.

Noch ein Jahr – dann ist Schluss

Die IG ZS 200X wurde als «Organisation auf Zeit» gegründet. So war das von Anfang an vorgesehen. Nun wird die Zeit reif zur Auflösung. Die IG hat ihren sich selbst erteilten Auftrag erfüllt. Wie Präsident Peter Gisler an der Generalversammlung in Ostermundigen mitteilte, hat der Vorstand beschlossen, auf die nächste GV, die am 16. März 2002 stattfinden soll, die Auflösung zu beantragen. Der gesamte Vorstand will auf diesen Zeitpunkt zurücktreten.

Während der nächsten zwölf Monate will die IG jedoch nicht in Ruhestellung verharren. Im Gegenteil – es sollen alle Anstrengungen unternommen werden, damit das neue Leitbild Bevölkerungsschutz richtig aufgegleist wird. Insbesondere sollen weiterhin eidgenössische und kantonale Parlamentarier sowie weitere massgebliche Kreise optimal und professionell über das neue Leitbild Bevölkerungsschutz sowie allfällige «Haken und Ösen» orientiert werden. Für Aktionen in diese Richtung sind im Voranschlag für das laufende Jahr 8000 Franken reserviert. Die IG wird auch zu einer Informationsveranstaltung mit dem Thema «Leitbild» einladen.

«Die IG eckt oft an», stellte Gisler fest. «Aber das soll so sein, denn wir sind eine Diskussionsplattform.» Das zeigte sich laut Gisler vor allem nach der letztjährigen GV, zu der die IG den Armeekritiker Peter Hug eingeladen hatte. «Wir hatten viele und heftige Reaktionen und auch Austritte, aber die Kritik kam immer von Leuten, die nicht an der GV waren.»

«Wir wollen keine Massenorganisation sein», führte Gisler weiter aus, «sondern ein Zusammenschluss interessierter, engagierter und dem Zivilschutz moderner Ausrichtung verbundener Leute.» Zurzeit zählt die IG rund 200 zahlende Mitglieder. Ihre Exponenten vertreten die IG in verschiedenen Gremien. Es werden laufend Stellungnahmen abgegeben, Gespräche mit Politikern geführt und an die vielfache Bewährung des Zivilschutzes erinnert. Auch beim Bundesamt für Zivilschutz wurde interveniert. «Dort sind wir aber nicht gut angekommen», resümierte Gisler.